

NSU & VS - Lügen, Vertuschung, Zensur

Wie viel Staat steckt im "Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU)?

kardan Müssen wir uns im Rahmen der allgemeinen Militarisierung nun auch an blutige Gewalt á la Nagelbomben und öffentliche Exekutionen mit Gesichtschüssen gewöhnen, wie sie von NS-Untergrund (NSU) verübt wurden?

Laut der WDR-Dokumentation "Nazis im BND" bestanden Verfassungsschutz (VS) und Bundesnachrichtendienst (BND) seit ihrer Gründung aus Nazis. Es scheint, als wurde nach dem Töten der SU und Wegfall des Systemfeindes die NATO-Strategie der Spannung (Gladio) offiziell eingestellt und vom V-Leute-System abgelöst. Erfolgreich wurde die NPD in den Neuen Bundesländern durch den VS aufgebaut. Begründet wurde und wird dies damit, existierende rechte Kräfte unter Kontrolle zu bringen. Faktisch finanziert der Staat den rechten Sumpf jährlich mit 20 Mio. Euro und führt 130 Vertrauenspersonen in der NPD.

verfassungswidrige Praktiken des VS

Weil jeder siebte NPD-Funktionär Geld vom VS erhielt, lehnte das Bundesverfassungsgericht den NPD-Verbotsantrag ab: "Auch ihre Aussagen sollten als Beweise dienen. Die Richter mussten sich fragen: Sollten am Ende vom Staat bezahlte Informanten zur Systemfeindlichkeit beigetragen haben?" (spiegel). Wegen der „fehlenden Staatsferne“ erteilten die Richter dem VS die implizite Aufgabe vor einem erneuten Antrag die V-Leute abzuziehen. Doch die Wortwahl offenbart das Logikproblem: Es handelt sich nicht um vom Staat kontrollierbare Informanten, denn die V-Leute-Praxis umfasst die Anwerbung und Bezahlung von Straftätern mit rechter Gesinnung, faktisch Erpressung von Informationen für gewährte Straffreiheit.

"Als ich eine Anzeige gegen den Mann geschaltet habe, weil er auf mein Kind losgegangen ist, dauerte es keine halbe Stunde, bis der VS sich gemeldet hat", V-Frau Franka stellt in der ZDF-Dokumentation "Brandstifter im Staatsauftrag?" dar, wie der VS ihre Situation ausnutzte: "entweder du unterschreibst, oder deine Kinder sind weg". Für Bernd Wagner von der Naziaussteigerorganisation Exit ist

damit die Grenze der Nötigung überschritten: "Um den Staat mit Informationen zu versorgen, haben sie im Staatsauftrag Parteistrukturen aufgebaut für effektivere länderübergreifende Zusammenarbeit."

Im Dezember 2012 sprachen sich die Innenminister der Länder für einen erneuten Verbotsantrag aus, der noch 2013 eingereicht werden soll. Nur die CDU sperrt sich noch.

Doch das allein reicht nach den Vertuschungsskandalen nicht aus, um die strukturelle Rechtslastigkeit der übrigen Behörden zu beheben. Mindestens ist die Verfassungswidrigkeit des Verfassungsschutzes selbst zu prüfen: Der erste NPD-Verbotsantrag von 2001 war seitens der Antragsteller wesentlich mit Zitaten von Verfassungsschutzmitarbeitern begründet worden.

Die Forderung, den VS an sich abzuschaffen, nicht nur das explosive V-Leute-System, beantwortet Clemens Binniger (CDU) entlarvend: "Wer macht dann die Aufgabe der Überwachung, wenn Strukturen entstehen? Etwa die Polizei? Aber diese hätte doch die Aufgabe einzugreifen. Das wäre eine ganz seltsame Entwicklung, wo ich nur vor warnen kann." Falls also die Forderung, V-Mittel auf 0 zu kürzen, nicht umgesetzt wird, hilft vielleicht nur konsequente Steuervermeidung.

Ermittlung unerwünscht

Schon 1997 wusste das BKA in einem internen geheimen Schreiben zu vermelden: "Es bestehen konkrete Anhaltspunkte, dass dadurch Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden vereitelt oder unterlaufen werden, wodurch letztlich nicht nur die Quellen, sondern die gesamte Szene vor Strafverfolgung geschützt wird." Dass dies kein Anlass zu strukturellen Maßnahmen war, ist Beweis für die Motive des Innenministeriums, dem der VS untersteht. Nur mit attraktiven Anreizen sei es möglich, die immer brutaleren Nazis unter Kontrolle zu halten. Kanzleramtschef Friedrich verrät den Fachjargon für diese widersinnige Praxis: "ungewollte Anschubfinanzierung". (ZDF-Doku "NSU im Staatsauftrag? vom 23.07.2013")

Von Helmut Röwer, Leiter des Lan-

desamt für Verfassungsschutz (LfV) Thüringen – oder sollte ich sagen Heimatschutz – lernen wir: "Einen V-Mann zu schützen ist wichtiger als das Aufklären von Straftaten". Am 21. Januar 1999 erklärte er auf einer Podiumsdiskussion in Jena vor den Nationalsozialisten des Thüringer Heimatschutzes: "Die sollten mal fragen, was sich für die meisten Menschen mit dem Dritten Reich noch verbindet. (...) Eine richtige Schlussfolgerung kann ein ganz normaler Mensch nur dann ziehen, wenn man ihm gesagt hat, was passiert ist, und zwar die schlechten und die guten Seiten. (...) Das Dritte Reich ist eine bestimmte Epoche in der deutschen Geschichte, und diese besteht nicht nur aus Verbrechen."

Tino Brandt, V-Mann und Mitbegründer des Thüringer Heimatschutz ("Umweltschutz ist Heimatschutz gegen Drogendealer, Linke, Rote, Kriminelle – alles was irgendwie Probleme macht"), erhielt mehrere tausend DM und Strafverfahren gegen ihn wurden eingestellt. Als 2001 seine Tarnung aufflog, erklärt er freimütig vor der Kamera: "Das Geld ist definitiv in den Aufbau unserer Organisation geflossen".

Dazu bei einer Presseerklärung befragt, erklärt der damalige Ministerpräsident von Thüringen, Köcker: "Die Vermutung kann ich nicht unterstützen" und schweigt die Kamera bei weiteren Nachfragen an. Sein Beisitzer, Thomas Sippel, Kollege von Röwer beim LfV des gleichen Landes, springt für ihn lachend ein: "Wenn wir das wissen würden oder wenn wir Erkenntnisse dazu haben würden, dann würden wir sie nicht hier vortragen vor der Presse".

Michael Rott, NPD-Aussteiger und späterer V-Mann aus Mittweida beschwerte sich über seine Gruppe, Sturm 34: "Es wurde immer brutaler. Menschen wurden im Vorbeigehen grundlos zusammen geschlagen und an die Hauswand gedrückt". Die brutale Gewalt sorgte für ein Klima der Angst, nicht nur für Geschäftsinhaber türkischer Abstammung, die primäres Ziel des NSU waren. Rott hielt es für unerklärlich, warum es so lange gedauert hat, bis die Behörden reagiert haben: "meine Hinweise wurden nicht gewertet und das hat dazu geführt, dass die Gewalttaten immer